

Der Landrat verwies auf die im Zuge der Nachsendung vom 25.06.2010 versandten Anträge der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 22.06.2010 sowie die heutige Tischvorlage. Hierzu liege eine Beschlussempfehlung des Planungs- und Verkehrsausschusses sowie eine einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses - bei Enthaltung der FDP-Fraktion - im Zuge seiner Sitzung am 28.06.2010 vor.

Abg. Dr. Kuhlmann erläuterte die Beweggründe seiner Fraktion für die Enthaltung. Grundsätzlich begrüße man die Vorschläge der Verwaltung zur Verbesserung des Nahverkehrs im rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis im Zuge des Nahverkehrsplanes. Hierfür danke er der Verwaltung ausdrücklich. Problematisch sehe man allerdings die Mehrkosten in Höhe von 726.000 €. Der Kreistag habe noch im September 2009 eine kostenneutrale Umsetzung des neuen Nahverkehrskonzeptes gefordert, wofür es gute Gründe gebe: Schon heute betrage das jährliche Defizit des Nahverkehrs im Rhein-Sieg-Kreis 22 Mio. €. Insoweit seien neue Haushaltslöcher nicht zu akzeptieren. Nicht alles, was wünschenswert sei, sei auch finanzierbar.

Er beantragte wie bereits im Planungs- und Verkehrsausschuss am 22.06.2010, die Kreisverwaltung zu beauftragen, den Nahverkehrsplan zu überprüfen und bis Dezember 2011 einen Bericht sowie Vorschläge zur Kostenreduzierung vorzulegen.

Die Verwaltung habe im Zuge der Taktumstellung auf der Linie 66 bereits bewiesen, dass solche Kostenreduzierungen machbar seien. Auch die Gemeinde Eitorf habe einige Einsparvorschläge, nämlich einige Buslinien sonntags nicht zu betreiben, eingebracht, denen die Verwaltung aber nicht gefolgt sei.

Abg. Tandler machte deutlich, dass die Mobilität in der Gesellschaft immer mehr zunehme und zu einem Grundbedürfnis geworden sei. Allerdings sei hierbei eine Abwägung erforderlich zwischen Finanzen und Angebot. Zentrale Aufgabe des Kreises sei es, ein bedarfsgerechtes ÖPNV-Angebot zur Verfügung zu stellen. Der heute zu verabschiedende Nahverkehrsplan sei das Ergebnis umfassender Gespräche und Beratungen, auch in den Kommunen. Hierfür danke er der Verwaltung ebenso wie den Kolleginnen und Kollegen des Fachausschusses, insbesondere für das hohe Maß an Sachlichkeit und Konsequenz. Als Ziel habe man sich hierbei gesetzt, den rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis nicht schlechter zu stellen als den linksrheinischen, besonders in den ländlichen Gebieten. Auch habe seine Fraktion bereits 2002 den Einsatz von Taxibussen beantragt, was im linksrheinischen Kreisgebiet zum Fahrplanwechsel 2009 nun umgesetzt worden sei. Auch im Rechtsrheinischen sollen nunmehr Taxibusse zum Einsatz gelangen. Auch wies er darauf hin, dass in verschiedenen Kommunen des Kreises inzwischen Bürgerbusse zur Ergänzung des ÖPNV-Angebots eingesetzt werden. Hierfür danke er den hier ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Man vermisse dagegen weitere, von seiner Fraktion bereits beantragte Schnellbuslinien zur Ergänzung des ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum. Seine Fraktion werde der Fortschreibung dieses mutigen und intelligent erarbeiteten Nahverkehrsplans zustimmen.

Abg. Metz merkte an, man liege hier auf dem richtigen Kurs. Wie im linksrheinischen Kreisgebiet werde hier das Niveau leicht erhöht. Hinsichtlich der Kosten hoffe man, dass sich durch das bessere Angebot auch die Einnahmen erhöhen. Außerdem wisse man noch nicht, in welchem Maße das Taxibus-Angebot angenommen werde. Die Kostenprognosen seien derzeit noch sehr im Ungefähren. Hier müssten erstmal entsprechende Erfahrungen gesammelt werden. Mit diesem Nahverkehrsplan werde eine richtige Verkehrspolitik im Bereich der Daseinsvorsorge und auch aus umweltpolitischer Sicht gerade für den ländlichen Raum umgesetzt. Im Planungs-

und Verkehrsausschuss seien auf Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen nur noch kleinere Korrekturen notwendig gewesen, die mit großer Mehrheit beschlossen worden seien. Er danke der Verwaltung, dem Gutachter, der RSVG und den Fraktionen für die sehr sachlichen und fairen Beratungen. Auch habe man mit großer Mehrheit einen Begleitbeschluss gefasst, der Weichen stelle und einige Aufgaben wie Querverkehre im ländlichen Raum, Nachtverkehre und den weiteren Zeitplan, definiere. Nicht nachvollziehbar sei für ihn allerdings die Anregung der Gemeinde Eitorf, sonntags keine Taxibusse zum Gemeindezentrum zweimal stündlich bei Bedarf verkehren zu lassen, dagegen aber einen direkten Bus von Eitorf zum Flughafen einsetzen zu wollen. Hier fehle eine klare Linie. Seine Fraktion freue sich über die richtigen Weichenstellungen im Busnetz für alle Bürgerinnen und Bürger im Kreis.

Abg. Bausch führte aus, es sei ein umfangreiches Paket gewesen, welches im vorigen Jahr für das linksrheinische Kreisgebiet sowie für Niederkassel und nunmehr für das rechtsrheinische Kreisgebiet beraten worden sei. Die Verwaltung habe sich hier außerordentlich viel Mühe gegeben. Es seien sehr viele Neuregelungen getroffen worden. Er erinnerte hierbei an die einmütigen Vereinbarungen im vorigen Jahr, dass die gleichen Standards wie im linksrheinischen Kreisgebiet und in Niederkassel auch auf den rechtsrheinischen Bereich übertragen werden sollten. Dies könne man aber nicht von der jeweiligen Haushaltssituation abhängig machen. Um Verbesserungen im Sinne von höherer Flexibilität insbesondere im ländlichen Bereich – Stichwort Taxibusse - habe man sehr gerungen. Nun müsse man die Umsetzung einmal abwarten. Dies sei nun die große Aufgabe für den Verkehrsträger. Er danke ausdrücklich der RSVG für deren umfangreiche Beratung. Man sei sich darüber im Klaren gewesen, dass hierbei an der einen oder anderen Stelle auch Mehrkosten entstehen könnten. Es werde des Weiteren noch zu untersuchen sein, wie die Angebote angenommen werden. Hier brauche man einen „langen Atem“. Er hoffe, dass die Umsetzung „in einem Guss“ gelinge werde, was ein sehr „sportlicher Ansatz“ sei. Er wünsche diesem Unternehmen einen guten Erfolg. Im Fachausschuss werde man dann weiterhin betrachten, was aus dem Begleitbeschluss geworden sei, denn dort seien Maßnahmen verankert, die ein Nachjustieren – falls erforderlich – ermöglichen würden. Für den zusätzlichen Antrag des Abg. Dr. Kuhlmann sehe er insofern keinen Raum.